

# Politik im Lernmodus

Noch immer weiß man wenig über die Pandemie, aber Politiker müssen trotzdem entscheiden. Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte spricht über das, was gute Krisenlotsen ausmacht, und warum Bürger jetzt mitreden müssen.

**Herr Korte, wozu brauchen wir im Moment eigentlich Politikwissenschaftler wie Sie? Es ist doch die Stunde der Virologen und Epidemiologen.**

Ich bin sicher nicht systemrelevant, aber ich bin freiheitsrelevant. Insofern will ich an die Spitze der Impfpiramide (lacht).

**Sollen wir das so schreiben?**

Blöß nicht, sonst glaubt das noch jemand! (lacht)

**Wir können uns an keine Zeit erinnern, als Wissenschaft so viel Einfluss hatte. Regieren uns die Virologen?**

Nein. Der Eindruck mag entstanden sein, weil anfangs kein Ministerpräsident vor die Kamera trat ohne seinen Virologen. Es waren die ersten Tage des Supernichtwissens über einen unsichtbaren Gegner. Aber Politik ist gut beraten, sich auf unterschiedliche Quellen zu stützen, und das hat sie auch schnell getan. Wissenschaft ist organisierte Skepsis, sie lebt vom Zweifel, nicht von der Gewissheit. Politik arbeitet anders.

*„Wir haben seit Beginn der Pandemie fast eine Staatsseligkeit, eine Staatsfrömmigkeit.“*

**Also wäre eine Expertenregierung keine gute Idee?**

In ein Expertenregime abzurutschen, wäre fatal. In der Politik muss man ein Problem nicht nur lösen, man muss für seine Lösung – stellvertretend für die Bürger – Mehrheiten organisieren.

**Entscheiden, wenn man wenig weiß, das ist schwierig.**

Der intelligente Umgang mit Nichtwissen zeichnet gute Spitzenpolitiker aus. Sie müssen immer mit dem Unwahrscheinlichen rechnen. Schauen Sie mal, wie das vergangene Jahr begonnen hat: Erst kam Thüringen ...

**... der Wahl-Eklat, als CDU- und AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Kemmerich von der FDP zum Ministerpräsidenten wählten ...**

... dann kam der Anschlag in Hanau, dann schickte Erdogan seine Busse mit Flüchtlingen in Richtung EU los. Drei Hammer-Ereignisse, die die gesamte Szenerie für 2020 verändert haben. Und dann erst kam das Virus! Mit der Unsicherheit zu rechnen und trotzdem handlungsfähig zu bleiben, macht den guten Krisenlotsen aus.

**Ist China im Vorteil, weil es autokratisch durch die Krise steuert? Dort ist die Wirtschaft früh hochgefahren.**

Für ein Urteil, wer am Ende besser durch die Pandemie kam, ist es noch viel zu früh. Aber: Es geht ja um die Ordnung der Freiheit. Es wäre völlig überzogen, aus Angst vor Lebensrisiken die Freiheit völlig aufzugeben.

**Nimmt die Zustimmung zur Corona-Politik ab?**

Graduell vielleicht. Grundsätzlich gibt es aber eine große Zufriedenheit mit den Maßnahmen. Die Zustimmung zur Corona-Politik ist so hoch, dass es geradezu erschreckend ist.

**Erschreckend?**

Wir haben seit Beginn der Pandemie praktisch eingefrorene Zustimmungswerte, die fast auf eine Staatsbeseeltheit verweisen, eine Staatsfrömmigkeit. Politikverdrossenheit ist nicht mehr messbar.

**Entwöhnen sich die Leute gerade von der Freiheit?**

Das ist die Gefahr, ja. Es gibt andererseits aber auch eine neue Wertschätzung von Freiheit. Dass uns der Staat Grundrechte elementarster Art genommen hat, ist uns noch nie passiert. Die Sehnsucht, Freiheit zurückzubekommen, ist jetzt ausgeprägter.

**Bei der Diskussion um „Impfprivilegien“ scheint aber, es sei für viele wichtiger, in der Unfreiheit gleich zu sein?**

Das stimmt. Derzeit. Aber wenn einmal sicher nachgewiesen ist, dass Geimpfte nicht ansteckend sind, werden sie auch den freiheitlichen Zugang zu allem verlangen. Diese Diskussion wird nicht aufzuhalten sein.

**Was müssen Politiker jetzt können?**

In diesem Großexperiment, das wir gerade erleben, müssen Politiker verstärkt das tun, was sie eigentlich immer tun müssen: Politik erklären, Poli-

## ERKLÄREN

...muss Politik, findet Karl-Rudolf Korte. So sieht Erklärung bei Bundeskanzlerin Angela Merkel aus. Die Bilder stammen von ihrem emotionalen, fast flehentlichen Appell im Bundestag am 9. Dezember, im Advent Kontaktbeschränkungen aufrechtzuerhalten. Sie sagte dabei den berühmten Satz: „Es tut mir wirklich im Herzen leid.“ FOTOS: IMAGO IMAGES/METODI POPOV (5), DPA (3).



itik begründen. Das hat jetzt einen besonderen Stellenwert.

**Klappt es denn?**

Es ist verbesserungsfähig. Man muss Kohärenz herstellen zwischen den Bundesländern, zwischen der Maßnahme der letzten Woche und der nächsten und so weiter. Das ist nur begrenzt gelungen.

**Man fährt ja auch auf Sicht.**

Es geht nicht darum, Gewissheiten zu verbreiten, die ich gar nicht habe, sondern eine strategische, zuversichtliche Erzählung. Die Politik muss sich offensiv im Lernmodus zeigen. Sie muss zugeben, dass sie lernt. Das ist neu, es klingt erst mal wie das Eingeständnis von Fehlern. Aber Politiker müssen deutlich machen, ich habe so gehandelt aufgrund meines Wissens, mit neuem Wissen entscheide ich anders.

**Sie sprechen von Kohärenz. Verschiedenheit, Föderalismus, das hat doch Vorteile?**

Ja, aber das ist kein Widerspruch. Die Kraft des Dezentralen macht eine Gesellschaft widerstandsfähiger. Wir werden beneidet um unsere dezentrale Infrastruktur, besonders im Gesundheitsbereich.

**Bremst uns der Föderalismus nicht aus, weil irgendein Landesfürst sich immer gerade querstellt?**

Nein, der Föderalismus ist ein Schatz! Wir nutzen hier Vielfalt für Zukunftstauglichkeit. Einheitliche Gesellschaften wiegen sich zu lange in einem „Wir sind gut, wir sind groß“. Wenn sie mit besonderen Herausforderungen konfrontiert werden, zerbrechen sie. Vielfältige Gesellschaften sind zukunfts- und auch globalisierungstauglich, weil sie mit Unterschiedlichkeit umgehen können. Nicht die Unterschiede in der Politik einzelner Länder führen zu Irritation und Ablehnung, sondern diese Unterschiede nicht genügend zu erklären.

**Stehen die Parlamente in der Corona-Zeit im Schatten der Regierungen?**

Das sehe ich nicht so. Am Anfang der Pandemie, ja, da gab es die berühmte Stunde der Exekutive. Dann kamen die Wochen der Legislative, als die Parlamente nachsteuerten. Beachten Sie: Der Bundestag ruft den Epidemiefall aus, nicht die Bundesregierung. Jetzt müssten aus meiner Sicht Monate der Konsultative einsetzen, also dass wir als Gesellschaft sagen, was wir wollen,

eine Selbstbefähigung als Bürger.

**Wie soll das gehen?**

Über Bürgerräte. Gremien mit nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgern. Wir müssen zum Beispiel selbst sagen, wann wir die Pandemie für beendet erklären. Das kann kein Virologe. Soll das beim Inzidenzwert 50 sein, bei 100? Wir müssen selbst sagen, was unser Wunsch-Zustand zwischen Freiheit und Gesundheit ist, in den wir wieder zurückwollen.

**Rheinland-Pfalz hat vor gut einem Jahrzehnt Bürgerkongresse im Vorfeld der Verwaltungsreform organisiert. Als dann die ersten Gemeinden neuen Einheiten zugeschlagen wurden, gab's trotzdem Ärger.**

So etwas meine ich auch nicht. Das ist das Modell der Anliegerdemokratie, ähnlich wie wenn man beim kommunalen Haushalt mitreden darf. So etwas stärkt einseitig die Bildungsstarken, den Zeitadel. Nein, das Konzept muss sein: zufällig, per Los ausgewählte Bürger. Die Iren haben es vorgemacht ...

**... Dort haben sich Bürgerräte mit dem Abtreibungsverbot beschäftigt ...**

... aber das kostet was. Wenn die Bürger zum Treffen kommen, muss ein Raum angemietet sein, es müssen Wasserflaschen da sein, vielleicht Brezeln, eine Kinderbetreuung. Wir brauchen Demokratielotsen, die das organisieren helfen, Baden-Württemberg ist da modellhaft. Es sind Demokratiekosten, die sich lohnen. Das gibt auch den Parlamenten, die dann über diese Vorschläge entscheiden, zusätzliche Legitimation.

*„Wir müssen selbst sagen, wann wir die Pandemie für beendet erklären. Das kann kein Virologe.“*

**Wo sind denn derzeit die Parlamente? Die Corona-Maßnahmen werden doch von Ministerpräsidenten und Kanzlerinnen beschlossen?**

Auch Ministerpräsidenten sind demokratisch legitimiert, vergessen Sie das nicht. Aber Regierungen sind tatsächlich klug beraten, wenn sie die Parlamente im Vorfeld stärker einbin-

den. Mecklenburg-Vorpommern geht diesen Weg. Es gibt eine Landtagsdebatte, dann Abstimmungen mit den Fraktionsvorsitzenden, dann geht die Ministerpräsidentin in die Runde der Landeschefs und was dort vereinbart wurde, wird im Parlament noch einmal nachvollzogen.

**In Rheinland-Pfalz werden im Nachgang zur Ministerpräsidentenrunde der Ältestenrat und der Fachausschuss des Landtags informiert.**

Hier haben die Abgeordneten aber auch die Möglichkeit, ihre Standpunkte vor der Umsetzung in Landesverordnungen darzulegen. Um ein Anordnungsregime auszuschließen, wäre es für die parlamentarische Kultur jedoch noch besser: erst das parlamentarische Ringen, dann die Ministerpräsidentenrunden.

**Die Festlegung, wer zuerst geimpft wird, steht in keinem Gesetz. Hätten Sie das anders gemacht?**

Das hätte ich. Allerdings folgte man der Impfstrategie des Ethikrats. Aber ich hätte mir gewünscht, das hätte das Parlament beschlossen.

**Regierungen stehen als die großen Macher da. Welche Auswirkungen hat das im Superwahljahr 2021?**

In Krisenzeiten ist für Regierungen, die man kennt, der Ausgangspunkt im Wahlkampf immer besser. Sie sind die Krisenlotsen. Aber mit hohem Risiko. Wenn ihnen angelastet wird, das ich nicht heute geimpft werde, sondern erst morgen, ist schnell die Opposition im Vorteil.

**In Rheinland-Pfalz hat der Landtagswahlkampf begonnen. Was macht es aus, wenn sich Wähler und Kandidaten nicht mehr treffen?**

Sehr viel. Wir wissen aus der Wahlforschung: Durch das persönliche Gespräch mit einem Politiker verändert sich etwas fundamental. Dann wächst meine Bereitschaft anzuerkennen, dass Politik so einfach vielleicht doch nicht ist. Es kommt dabei gar nicht darauf an, ob ich diesem Politiker zustimme.

**Diesmal gibt's keine Klingeltouren.**

Die Parteien werden deshalb mit neuen Formaten experimentieren müssen. Vielleicht telefonieren sie mehr. Wichtig dabei ist, gerade auch die eigenen Anhänger anzurufen, um sie für die Wahl zu mobilisieren. Mobilisierung, überhaupt Meinungsbildung ist in der Distanzdemokratie

schwierig. Meinung bildet sich im persönlichen Austausch. Mit seinen Ansichten, auch mit seinem Unmut ist diesmal jeder resonanzlos allein.

**Vermutlich wird es so viel Briefwahl geben wie nie. Ist das riskant?**

Ja, weil es einen zentralen Grundsatz vernachlässigt, die geheime Wahl. Man weiß bei der Briefwahl nicht, wer daheim danebensteht, wenn jemand das Kreuzchen setzt. Das beunruhigt mich.

**Imwiefem?**

Die Verlässlichkeit der Wahl könnte diskreditiert werden. Wir sind weit vom Trumpismus entfernt. Aber dass

*„Wer zu Aldi zum Einkaufen geht, kann sich auch in die Schlange vor dem Wahlbüro stellen.“*

Parteien nach der Wahl Manipulationsvorwürfe erheben, halte ich nicht für ausgeschlossen.

**Einzelne Kommunen wollen eine ausschließliche Briefwahl.**

Ja. Worms hatte es beantragt. Der Landeswahlleiter hat es abgelehnt. Die verfassungsrechtlichen Hürden, um einen im wörtlichen Sinne „Wahlgang“, zu sichern sind hoch. Ich verstehe, wenn Wahlhelfer Bedenken haben, sich stundenlang in solch einen Raum zu setzen. Aber für Wähler sehe ich keine höhere Ansteckungsgefahr. Wer zu Aldi geht, kann sich auch in die Schlange vor dem Wahlbüro stellen.

**Was glauben Sie, Herr Korte: Werden wir aus der Pandemie geeint hervorgehen oder entzweit?**

Geeint. Weil wir die Erfahrung der gegliückten Überwindung einer Pandemie haben werden. Und Solidarität können wir jetzt konkret erleben. Wissen Sie, ich kann für Klimapolitik sein und mir sagen, ich werd' eben noch mal fliegen, das ändert nichts am Klima. Aber wenn ich die Maske nicht aufhabe, kann ich mich und andere anstecken. Gemeinsinn liegt dabei im aufgeklärten Eigeninteresse, ein Gewinn für mehr Solidarität.

[Interview: Michael Garthe, Karin Dauscher, Kerstin Witte-Petit]



**BEFRAGT:**

**KARL-R. KORTE**

Karl-Rudolf Korte (62) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen und forscht über gutes Regieren. Er ist außerdem Direktor der NRW School of Governance. Zum Interview kam Korte ins Verlags-haus. FOTO: SOMA